

Der Beginn der „Euthanasie“ im Osten

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Auf den gleichen Tag datiert Hitlers „Euthanasie“-Erlass.

Er lautete:

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. gez. Adolf Hitler“

Nicht zufällig wählten die Vernichtungsfachleute dieses Datum. Obwohl die Anweisung erst später entworfen wurde, symbolisierte die Rückdatierung eine Kriegserklärung an den inneren Feind der „arischen Rasse“ – die Kranken und Behinderten. Denn trotz der positiv scheinenden Worte des Gnadentodes machen besonders die Anfänge der Vernichtungsaktion in den Kliniken und Anstalten den Zusammenhang zum Krieg deutlich.

Denn noch befand sich der Verwaltungsapparat der „Euthanasie“-Zentrale in der Aufbauphase. In dieser Situation sahen sich einzelne örtliche Vertreter des Regimes veranlasst, eigenständig mit der Ermordung von Kranken und Behinderten zu beginnen. Das galt besonders in den deutschen Ostprovinzen und in den eroberten Gebieten Polens, brauchten die Einheiten der Wehrmacht, SS und Sicherheitspolizei doch Gebäude für Kasernen und Kriegslazarette, um ihren Vormarsch logistisch abzusichern.

So verfügte Franz Schwede-Coburg, zu Kriegsbeginn NSDAP-Gauleiter, Oberpräsident und Reichsverteidigungskommissar in Pommern, die Räumung der Heil- und Pflegeanstalten Stralsund, Ückerküde, Treptow, und Meseritz-Obrawalde. Er wollte sie anderen Zwecken zuführen. So hatte er gegenüber Himmler

zugesagt, die Anstalt Stralsund der SS als Kaserne zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck erhielt der in Danzig stationierte SS-Sturmbannführer Kurt Eimann den Befehl die genannten Anstalten zu räumen. Er ließ die Patienten und Patientinnen in mehreren Transporten nach Neustadt/Westpreußen deportieren. Dort wurden sie in einem Wald bei Piasznitz (Kreis Neustadt) verschleppt und durch Genickschuss ermordet. Ein Häftlingskommando des KZ Stutthoff, das später selbst ermordet wurde, musste die Toten begraben. Nach nicht vollständig gesicherten Informationen sollen diesen Aktionen mindestens 1.400 pommersche Insassen zum Opfer gefallen sein.

In Danzig-Westpreußen begann das Morden am 29. September 1939. In dem Krankenhaus Kocborow bei Bromberg wurden bis zum 1. November 2.342 psychisch Kranke ermordet. In der Anstalt Swiecie, ebenfalls im Bezirk Bromberg, wurden im September/Oktober 1939 1.350 Patientinnen und Patienten durch Angehörige der SS und des Selbstschutzes erschossen. Im Oktober des Jahres begann der Mord an Kranken in der Klinik Owinska bei Posen in Polen. 900 bis 1.100 Männer und Frauen fielen dem Terror zum Opfer. Bis zum Mai 1940 setzten die Einheiten der SS und der Sicherheitspolizei das Morden fort.

Eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang hatte ein Sonderkommando unter dem Befehl des SS-Obersturmbannführers Herbert Lange. Es bestand aus 15 Mann der Sicherheitspolizei und 60 Mann der Schutzpolizei. Dieses Kommando war unter anderem verantwortlich für den Mord an mehr als 1.200 Menschen in der westpreußischen Heil- und Pflegeanstalt Tiegenhof. Tiegenhof wurde neben Meseritz-Obrawalde später zu einer der zentralen Vernichtungseinrichtungen während der zweiten Phase der „Euthanasie“ (siehe newsletter Nr. 6 Dezember 2001, S. 6).

Insofern waren die Aktionen unter Langes Einsatzkommando zu Beginn des Krieges mitentscheidend dafür, dass später die Ausweitung der „Euthanasie“ möglich wurde.

Auch in einer anderen Hinsicht war Lange ein „Pionier“ der Vernichtung. So verfügte seine Gruppe über einen Sattelschlepper, der mit Gasbehältern versehen war. Von dort gingen Zuführungen zu einem luftdicht verschließbaren Anhänger, in denen bis zu 70 Personen eingepfercht werden konnten. Das waren die ersten im Einsatz befindlichen fahrbaren Gaskammern. Allein 448 Bewohner der Anstalt Tiegenhof wurden auf diese Weise ermordet.

Zugegen dabei war auch der Chemiker Albert Widmann vom Kriminaltechnischen Institut. Er lieferte das tödlich wirkende Kohlenmonoxid. Ihm ging es um die Gewinnung von Erfahrungswerten beim Vergasen, beriet er doch die „Euthanasie“-Planer in Berlin beim Aufbau der Vergasungsanstalten im Reichsgebiet. Sie wurden Anfang 1940 in Betrieb gesetzt.

Insgesamt betrachtet gingen die Mörder arbeitsteilig und sich gegenseitig verstärkend vor. Bestand die Hauptaufgabe der Einsatzkommandos im Osten vornehmlich in der Verfolgung von Juden und Polen, leistete man durch den Mord an Kranken und Behinderten doch Unterstützung, um die Durchführung der „Euthanasie“ im Reich effektiver gestalten zu können. Umgekehrt wurde durch die Vernichtungsaktionen der Kommandos im Osten der Raum geschaffen, um später nicht nur Anstaltsinsassen, sondern auch Juden, Roma/Sinti und andere „Unerwünschte“ der Vernichtung preiszugeben.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Fortsetzung von Seite 6



men genügend EpileptikerInnen zusammen, um jene kritische Sozialmasse zu bilden, die erforderlich ist, um Realbe-griffe zu fabrizieren. Sie fangen klein an. Sie schreiben zum Beispiel: „I had an E“ – Ich hatte ein (großes) E.

Die Realität wird von Leuten mit Stan-dardgehirnen definiert, die keine kör-perliche Arbeit verrichten. Daher haben Empfindungen wie solche, die bei Fließ-bandarbeit anfallen, ungefähr den Realitätsstatus wie die bei Temporallappen-anfällen. Wäre es anders, würde Fließ-bandarbeit verboten wie andere Formen der Vergewaltigung auch. Anormalität hat manchmal auch Vorteile.

Fortgeschrittener als EpileptikerInnen und Proleten sind einige Aspies (Hin-weis auf Aspies e.V. - Menschen im Au-tismusspektrum, Anmerkung der Red.). Sie fordern Anerkennung als Variante der menschlichen Spezies, nicht Aner-kennung als Behinderte. Sie verlangen das Recht auf schriftliche Kommunika-tion mit ÄrztInnen und Behörden, ohne sich erklären zu müssen.

Vielleicht kommen sie eines Tages da-mit durch. Aber könnten zum Beispiel Menschen mit Down-Syndrom eines Tages den Behindertenstatus los werden? Unmöglich?

Die Kategorie der Behinderung ist ein Effekt der Industrialisierung. Der Grad der Behinderung bemisst sich an der Ausbeutbarkeit im Kapitalverwertungs-prozess. Die Menschen gleichen einan-der wie Geldscheine, die nicht Eugen heißen und nicht Ay_e.

Gleichheit muss nicht so sein. Niemand wäre mehr anders, dürften alle anders sein. Vielleicht ist das weniger als einen Steinwurf entfernt. Vielleicht genügt schon ein klitzekleines Sich-Rühren, damit Eingepasste ihre Zwangsjacken spüren. Eng genug sitzen die Modelle inzwischen.

MAIKE ARFT-JACOBI

Fortsetzung von Seite 5

vor, die das notwendige Vertrauen schafft, und reproduziert seine Grundlagen auf diese Weise selber. Dieses Denken stellt nicht individuelle Vorteilssicherung und Schnäppchenjagd in den Vordergrund, sondern Werte wie Verlässlichkeit, ja, auch eine gewisse Art von Gemeinsinn. Dies sind im besten Sinn wertkonservative Tu-genden, denen zu Unrecht ein etwas ver-staubter Beigeschmack anhaftet.



Die gegenwärtigen neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat nehmen nicht umsonst gerade diese Ebene des Denkens und Füh-lens der Menschen ins Visier. Seitdem der Bereich der sozialen Sicherung als Markt entdeckt wurde, auf dem private Anbie-ter viel Geld verdienen können, führen Werbung, Medien und regierende Politik einen ideologischen Feldzug gegen diese „sozialdemokratische“ und „traditiona-listische“ Mentalität. Die Leistungskür-zungen der vergangenen Jahre sind nicht in erster Linie finanziellen Engpässen ge-schuldet, sondern haben auch eine ideo-logische Funktion: Sie sollen - im Verbund mit immer neuen privaten Angeboten - das Vertrauen in die gesetzliche Sozialversi-cherung untergraben. Dieses Vertrauen ist politisch nicht mehr erwünscht, denn die besserverdienenden Versicherten sol-len auf den unübersichtlichen Markt der Riesterrenten, kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen und dergleichen gelockt werden. Dafür, dass dies gelingt, sorgt schon die Lobbyarbeit der Versiche-rungswirtschaft, die sich die für sie lukra-tiven Gesetze seit der rot-grünen Regie-rung Schröder/Fischer praktischerweise gleich selber schreiben darf.

Die Krise des Sozialstaates ist also in er-ster Linie eine Vertrauenskrise. Wer kann, flüchtet aus der Solidargemeinschaft, die

immer weniger soziale Absicherung ver-spricht und trägt somit sein Teil dazu bei, eine Finanzkrise der Sozialkassen erst zu erzeugen und im weiteren Verlauf zum Kollaps zu führen.

Ein einfaches Zurück in Form einer blo-ßen Rücknahme der Kürzungen und Pri-vatisierungen kann es nicht geben. Ein solches Vorhaben würde nicht nur an den Widerständen der Nutznießer dieser Po-litik scheitern; auch das Vertrauen, das

verspielt wurde, läßt sich nicht so leicht wiederherstellen.

Ein Neustart des Sozialstaates, der das Vertrauen der Menschen unter verän-derten Bedingungen zurückgewinnen will, ist nur erfolgversprechend mit einem neuen politischen Projekt, das zum Ziel haben muß, dass ausnahmslos jeder nach seinen Möglichkeiten in die Sozialkassen einzahlt. Ein solches Modell (das auch als Bürgerversicherung in der Diskussion ist) erscheint lohnender, als romantisch-verschwimmelten Vorstellungen nachzu-hängen, die ihre Tauglichkeit in großem Maßstab noch nie bewiesen haben.

THOMAS SCHMIDT, MÜNCHEN

Impressum

NEWSLETTER BEHINDERTENPOLITIK NR. 37 (erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 47)

REDAKTIONSTEAM:

Volker van der Locht, Tel. 02 01 / 4 30 92 55 E-Mail: volkervanderlocht@t-online.de

Jörg Fretter (V.i.S.d.P.), Friedensplatz 6, 35037 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 50 29 E-Mail: newsletter@joergfretter.de

BEITRÄGE IN DIESER AUSGABE:

Volker van der Locht, Thomas Schmidt, Ulrike Lux, Jörg Fretter

LAYOUT: Jörg Fretter

DRUCK:

zeitdruck Thäns, 45276 Essen